

## RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

# Auswirkungen von Corona auf das Sozialleben

Der Ausbruch der Corona-Pandemie stellt das gesellschaftliche Zusammenleben vor große Herausforderungen. Es gilt, Solidarität zu zeigen, Kontakte einzuschränken und auf das gewohnte Sozialleben zu verzichten. Ziel ist es nach wie vor, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um das Gesundheitswesen nicht zu überfordern. Für Jung und Alt ist diese Situation gleichermaßen schwierig, denn der soziale Kontakt fehlt allen Generationen. Insbesondere der Begriff „Social Distancing“ ist seit Beginn der Krise in aller Munde. Allerdings ist der Begriff „Soziale Distanz“ auch irreführend, da vorrangig eine körperliche bzw. räumliche und keine soziale Distanzierung notwendig ist. Dennoch gilt es, möglichst zu Hause zu bleiben und alltägliche Kontakte zu reduzieren – ganz besonders für ältere Menschen und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen.

Das Jahr 2020 hat nachhaltige Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Selbstverständnis. Alltägliche Strukturen, Arbeitsabläufe oder das Sozial- und Familienleben mussten in kürzester Zeit drastisch eingeschränkt werden, um die globale Ausbreitung des Virus wirksam einzudämmen. Manche Bereiche unserer Gesellschaft könnten davon dauerhaft betroffen sein. Gegenwärtig befinden wir uns noch mitten in der Corona-Krise. Dennoch lassen sich schon jetzt Lehren für die Zukunft ziehen, um unsere zivilgesellschaftlichen Strukturen robust und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und zu verfestigen.

### Familie

Für Familien ist die Corona-Pandemie eine echte Zerreißprobe. Es bestehen nicht nur viele Unsicherheiten im Umgang mit dem Coronavirus, sondern Familien müssen sich komplett neu erfinden und organisieren und haben viele Probleme zu lösen – sei es in Bezug auf Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung, Erziehungsfragen oder auch jegliche anderen Herausforderungen des täglichen Lebens. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir Familien deshalb in diesen turbulenten Zeiten ausreichend Hilfestellungen an die Hand geben, um den Alltag in Pandemiezeiten abwechslungsreich gestalten zu können.** Denn die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)

Kinder hängen davon ab, wie gut ihre Eltern mit der Situation zurechtkommen. Belastungen und Verunsicherungen, die die Eltern in der Corona-Krise erleben, werden auf die Kinder übertragen. Eltern sind gefordert, neue Lebenskonzepte zu entwickeln und für andere Lebensbereiche, wie etwa (frühkindliche) Bildung, Verantwortung zu übernehmen. Für Familien, die durch die Corona-Krise besonders betroffen und belastet sind und somit vor großen Herausforderungen stehen, **wollen wir einen umfassenden Beratungs- und Betreuungsservice zu allen Fragen und Problemen des täglichen Lebens gewährleisten.**

Auch ohne direkten persönlichen Kontakt soll die Einschätzung der Familien und Kinder im Rahmen von Digitalisierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen mit pädagogischen Ansätzen bewertbar gemacht werden. **Demgemäß wollen wir Ehe-, Familien-, Schwangerschafts- und Erziehungsberatungsstellen sowie Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt dabei unterstützen, einen sinnvollen, praktikablen und zugleich datenschutzkonformen Umgang mit digitalen Kommunikationsmitteln in ihre Arbeitsweise zu integrieren, indem die analoge und die digitale Welt in Einklang gebracht werden.**

### **Kindertagesbetreuung**

Es konnte bisher beobachtet werden, dass eine Covid-19-Erkrankung bei Kindern in der Regel deutlich milder verläuft als bei Erwachsenen. Es gibt außerdem aktuell vermehrt Hinweise darauf, dass speziell jüngere Kinder (unter zehn Jahren) eine geringere Rolle im Infektionsgeschehen spielen. Zudem waren beispielsweise im November 2020 nur ca. drei Prozent der Kitas in Bayern zum Teil oder ganz geschlossen – in den meisten Fällen nur aufgrund von Verdachtsfällen. Kinder haben ein Recht auf (frühkindliche) Bildung und haben unter den Kita- und Schulschließungen in diesem Frühjahr besonders gelitten. **Unser erklärtes Ziel ist es, dass trotz der aktuellen pandemischen Lage Angebote der Kindertagesbetreuung – beispielsweise mit großzügigen und unbürokratischen Notbetreuungsangeboten – bestmöglich aufrechterhalten werden.** Einerseits wollen wir somit die Interessen der Kinder und der Eltern stärken. Denn neben der (frühkindlichen) Bildung haben Kinder vor allem auch einen Anspruch auf soziale Bindung zu Gleichaltrigen sowie Erziehungspersonal. Für Familien sind Kitas besonders wichtig, um Privatleben und Beruf auch in Pandemiezeiten vereinbaren zu können. Andererseits ist es uns ebenso wichtig, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kinderbetreuungseinrichtungen im Blick zu haben. Eine

fortlaufende, angemessene, altersgerechte und praxistaugliche Modifizierung und Aktualisierung der Schutz- und Hygienekonzepte ermöglichen es, beim Umgang mit Kindern und Personal mit Krankheitssymptomen entsprechend nachzusteuern sowie pädagogische bzw. didaktische Standards aufrechtzuerhalten.

Die hohe Aufmerksamkeit, die der Kindertagesbetreuung während der Corona-Pandemie zuteil geworden ist, hat ihre Relevanz für das gesellschaftliche System offengelegt. **Um Familien mit kleinen Kindern in Krisenzeiten aber auch künftig eine politische Stimme zu geben, fordern wir eine demokratisch legitimierte und staatlich anerkannte Vertretung aller Personensorgeberechtigten von Kindern, die eine Kindertageseinrichtung – unabhängig von der Trägerschaft – im Freistaat Bayern besuchen.**

### **Gewaltprävention**

Viele Menschen stehen derzeit unter hohem Druck, etwa aus Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus, aus Sorge um ihren Arbeitsplatz, aus finanzieller Not oder wegen der häuslichen Enge im Falle von Quarantäneanordnungen. Der psychische und physische Stress sowie die gegenwärtigen Kontaktbeschränkungen führen vermehrt zu Spannungen und Streit. Wenn das häusliche Umfeld ein Ort der Gewalt und Gefahr wird, hat dies verheerende Folgen, vor allem, wenn keine Möglichkeit besteht, diesem Ort zu entkommen. Wenn häusliche Gewalt bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie ein Thema war, kann sich die Lage in dieser Stresssituation noch weiter zuspitzen. Allerdings können auch in bislang unbelasteten Familien Konflikte unter Umständen eher in Gewalt ausarten. Die überwiegende Mehrheit der Opfer von häuslicher und/oder sexueller Gewalt sind dabei Frauen. Wenn sie und ihre Kinder vor Gewalt in der Partnerschaft fliehen, sind Frauenhäuser oftmals die letzte Zufluchtsstätte. Auch und gerade während der Corona-Pandemie erhalten gewaltbetroffene Personen und ihre Kinder weiterhin zuverlässig Unterstützung. **Vor allem auch mit Blick auf die Zeit nach der Corona-Krise wollen wir die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote, wie beispielweise das Angebot an Plätzen in Frauenhäusern, flächendeckend weiter ausbauen und personell verstärken.**

Viele Beratungsstellen bieten aktuell zudem verstärkt telefonischen Beistand oder Online-Beratung an. Diese Umstellung ist für manche Hilfesuchenden ein Prozess, der professionell begleitet werden muss. Zudem werden für bestimmte Zielgruppen bei telefonischer oder Online-Beratung zusätzliche Leistungen (z.B. Zuschalten von

Sprachmittlern/Dolmetschern, auch für Leichte Sprache) notwendig. Die Umstellung auf andere Angebote erfordert auch von Beratungsstellen ein hohes Maß an Organisation, monetären Mitteln und Krisenmanagement. Eine bessere technische Ausstattung für Telefon- und Videokonferenzen oder der Auf- und Ausbau von Online-Beratung wird vielerorts dringend benötigt. **Wir wollen Interventions-, Notruf- und Fachberatungsstellen daher finanziell unterstützen, damit diese ihr Angebot während und nach der Krise in dem benötigten Umfang aufrechterhalten bzw. bei steigenden Bedarfen ausweiten können, wie etwa für die Beschaffung und Implementierung technischen oder Softwarelösungen für telefonische und Online-Beratungen oder für Übersetzungsleistungen.**

### **Jugend**

Auch Jugendliche haben es in der Corona-Pandemie nicht leicht. Denn der Freiraum, den sie in diesem Alter brauchen, wird stark eingeschränkt. So müssen junge Erwachsene, die gerade eine Ausbildung oder ein Studium anfangen, digital ins Ausbildungsjahr oder ins Semester starten und vermissen die Gemeinschaft und den Austausch. Jungen Menschen wird gegenwärtig viel zugemutet und der Großteil verhält sich verantwortungsbewusst und rücksichtsvoll. Allerdings wollen junge Menschen nicht nur auf ihre Rolle als Auszubildende oder Schülerinnen und Schüler reduziert werden. Nicht nur jetzt gilt: Jugendliche wollen gehört werden und mitreden. Schließlich treffen sie die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie gerade am Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf besonders hart. Junge Menschen im Blick zu behalten und ihnen sichere Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, bleibt daher eine wichtige Aufgabe. **Aus diesem Grund wollen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Jugendliche an der politischen Willensbildung umfassend beteiligen und die Jugendbeteiligung auf Landesebene verbessern.**

### **Gleichstellung/Alleinerziehende**

Alleinerziehende – in der Regel Frauen – haben es deutlich schwerer mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Paarfamilien und müssen oft doppelte Arbeit leisten. Die Pandemie hat verdeutlicht, welche große gesellschaftliche Bedeutung die Arbeit in systemrelevanten Berufen hat. Insbesondere, wenn man sich vor Augen führt, dass ein Großteil dieser Berufe von Frauen ausgeübt wird. Darüber hinaus übernehmen Frauen – vor allem Mütter – neben dem Beruf meist auch die Haus- und Betreuungs-

bzw. Erziehungsarbeit und sind durch die Organisation des neuen Familienalltags derzeit im privaten und beruflichen Umfeld besonders gefordert. **Daher setzen wir uns dafür ein, dass Betreuungsangebote zu Rand- und Ferienzeiten oder an Wochenenden weiter ausgebaut werden, damit Mütter mit Berufen z.B. im Pflege- und Sozialbereich, im Einzelhandel und in der Gastronomie oder mit Schichtdiensten Familie und Beruf besser vereinbaren können.**

Außerdem wollen wir verhindern, dass Frauen durch die Corona-Pandemie wieder in traditionelle Rollenmuster zurückgedrängt werden. **Im Sinne einer gleichberechtigten Steuerverteilung unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder wollen wir das Ehegattensplitting langfristig durch das Familiensplitting im Rahmen einer einkommensteuerlichen Veranlagung von Familien mit Kindern ersetzen.**

Ferner gibt es aktuell viele unterschiedliche Sozialleistungen für Familien und deren Kinder. Diese verschiedenen Leistungen für Familien reichen oft nicht aus, weil sie teilweise nicht gut aufeinander abgestimmt und kompliziert zu beantragen sind. **Die kindbezogenen Leistungen wollen wir weiter bündeln und somit den hohen bürokratischen Aufwand im Antragsverfahren sowohl für Familien als auch für Behörden vereinfachen.** Kinder sollten als Teil ihrer Familie und damit auch als Teil der Bedarfsgemeinschaft betrachtet werden.

### **Vulnerable Gruppen**

Der hochinfektiöse SARS-CoV-2-Erreger macht drastische Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger notwendig. Insbesondere für Risikogruppen – ältere Menschen und Menschen mit relevanten Vorerkrankungen – besteht ein erhebliches Risiko für schwere oder sogar tödliche Verläufe bei einer Erkrankung mit Covid-19. Allerdings können diese Regelungen auch erhebliche Folgen für den Einzelnen haben, sodass immer eine sorgfältige Abwägung der betroffenen Interessen erforderlich ist. Selbstbestimmung und individuelle Freiheitsrechte sind bedeutsame Rechte neben dem Gesundheitsschutz und dem Schutz der Allgemeinheit. **Mit zielgenauen Regelungen (Begrenzung der Besuche, Verteilung von FFP2-Masken, Corona-Schnelltests, freiwillige Reihentestungen) zum Schutz der besonders gefährdeten Gruppen in Altenheimen, Seniorenresidenzen, Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wollen wir auch weiterhin Besuche ermöglichen, um Menschen vor Vereinsamung zu schützen.**

Zudem wollen wir verhindern, dass die gegenwärtigen Regelungen dazu führen, dass Menschen gesellschaftlich isoliert werden. Wichtig ist vor allem, dass in diesen unsicheren Zeiten alle Menschen über alle notwendigen Maßnahmen gleichermaßen gut informiert sind. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns deshalb dafür ein, dass in Zukunft möglichst alle Reden und Pressekonferenzen des Bayerischen Kabinetts im Fernsehen – sowie alle Auftritte in den sozialen Medien – direkt live von einer Gebärdensprachdolmetscherin oder einem Gebärdensprachdolmetscher übersetzt werden.**

Die Krisenbewältigung bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise, ohne eine Stigmatisierung von coronabedingten Risikogruppen zu befördern. So stehen beispielweise gehörlose oder hörbehinderte Menschen während der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen. Aufgrund von Mund-Nasen-Bedeckungen entfällt etwa die Möglichkeit, von den Lippen abzulesen. Gerade in der Krisenzeit wurde deutlich, wie wichtig technische Hilfsmittel und Assistenzleistungen für gehörlose oder hörbehinderte Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft sind. **Durch die Einführung eines Bayerischen Gehörlosengeldes wollen wir diese finanziellen Mehraufwendungen in Zukunft kompensieren.**

## RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

### Pflege neu denken

#### „Buurtzorg“ – pflegende Angehörige und Gemeindeschwester plus

Die gegenwärtige Corona-Pandemie verdeutlicht nachdrücklich, wo die Schwachstellen der Pflege in besonderem Maße liegen. Viele Pflegekräfte und pflegende Angehörige leisten derzeit Außerordentliches und stellen die Pflege älterer und kranker Menschen auch während der Krise sicher.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion möchten wir diese **Pflegekräfte weiter stärken** und ihnen **durch innovative Projekte wie „Buurtzorg“ ein selbstbestimmtes und von Bürokratie entlastetes Arbeiten** ermöglichen. Dadurch kann auch eine bessere Verzahnung zwischen professioneller Pflege und pflegenden Angehörigen herbeigeführt werden.

Die Leistungen pflegender Angehörigen in der aktuellen Krisensituation sind gewaltig. Deshalb benötigen sie auch eine **verlässliche Unterstützung und Vernetzung**. In diesem Zusammenhang erachten wir das **Konzept einer Gemeindeschwester plus** für sehr zielführend, das bereits jetzt in Modellprojekten erfolgreich durchgeführt wird. Die Gemeindeschwester plus führt individuelle Besuche zuhause durch und berät dabei kostenlos im Hinblick auf die jeweiligen sozialen Situationen, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Versorgungsmöglichkeiten, Wohnsituationen, Mobilität oder informiert über die Vermittlung von wohnortnahen und gut erreichbaren sozialen Teilhabeangeboten in der jeweiligen Region. Sie verfügt über eine Ausbildung als Pflegefachkraft, so dass auch die **Übernahme einfacher ärztlicher Leistungen im Rahmen einer Substitution auf sicherer rechtlicher Grundlage** wünschenswert ist.

Wir setzen uns deshalb für den **Ausbau dieser erfolgreichen Modellprojekte hin zu einem flächendeckenden Angebot für ganz Bayern** ein.

Wichtig ist uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion insbesondere, dass **niemand aus seinem vertrauten Lebensumfeld herausgerissen** werden muss, weil es die erforderlichen Pflegeangebote nur in den Ballungsräumen gibt.

Grundvoraussetzung ist daher eine **nachhaltige Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs**.

Für uns bietet das Konzept „Buurtzorg“ (übersetzt: Nachbarschaftshilfe), das 2007 in den Niederlanden entwickelt wurde, eine solche Möglichkeit. Es basiert auf dem Kerngedanken, dass sich kleine Teams von vier bis zwölf Mitarbeitern selbstbestimmt ohne Hierarchien und Managementebenen um Pflegebedürftige kümmern. Keiner ist dabei Vorgesetzter des anderen. Im Sinne einer Nachbarschaftshilfe wird eng mit der Familie, Freunden und Nachbarn zusammengearbeitet, um vorhandene Potenziale zur Aktivierung der Pflegebedürftigen zu nutzen. Bürokratischer Aufwand wird minimiert und alle Abläufe werden digitalisiert. Die Abrechnung erfolgt schlank und effektiv nach Stundensätzen. Berichten zufolge gelingt es mit dem Konzept, Pflegekräfte gerade aufgrund der hohen Eigenverantwortung wieder vermehrt für den Beruf zu begeistern, die Fluktuation im Pflegesektor zu verringern und die Krankheitsquote signifikant zu senken. Die Akzeptanz bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen ist hoch. Unter dem Motto „**Menschlichkeit vor Bürokratie**“ wird der Pflegebedürftige mit seinen Bedürfnissen ernst genommen. Das wird durch eine **Abkehr von der Verrichtungspflege hin zu einer nach Stundensätzen honorierten Beziehungspflege** erreicht.

Die bisherigen Erfahrungen mit „Buurtzorg“ in Deutschland zeigen jedoch, dass die starren Vorgaben des deutschen Sozialversicherungsrechts die Durchführung derartiger Projekte sehr erschweren und zum Teil sogar unmöglich machen. So birgt die Finanzierung über Stundensätze Schwierigkeiten, insbesondere wenn Pauschalen sektorenübergreifend Leistungen des SGB V (gesetzliche Krankenversicherung) und des SGB XI (soziale Pflegeversicherung) umfassen sollen. Aber auch Zulassungsfragen können sich problematisch gestalten.

Als FREIE WÄHLER Landtagfraktion sehen wir es als einen Erfolg an, dass nicht zuletzt aufgrund unseres **Antrags im Bayerischen Landtag** (Drs. 18/5722) und auf Anregung des Bezirks Oberbayern im Januar 2021 auch in Bayern der erste Pflegedienst seine Arbeit in Anlehnung an das Konzept „Buurtzorg“ aufnehmen kann. Wir werden die Entwicklungen mit großem Interesse verfolgen.

Damit diesem Beispiel weitere folgen können und es nicht nur bei einem Projekt bleibt, setzen wir uns dafür ein, **dass die sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen**, insbesondere hinsichtlich der Finanzierungs- und Zulassungsvorgaben, **auf Bundesebene angepasst bzw. modifiziert werden**.



## **RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021**

Aktueller Stand 14.01.2021

# **Die Zukunft und Stärke Europas liegt in der Vielfalt seiner Regionen**

Das Friedensprojekt Europa steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Mit dem Vereinigten Königreich hat erstmals ein Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen. Die Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft gestalteten sich schwierig. Aber auch die Einigkeit und Geschlossenheit unter den Mitgliedstaaten, die das Fundament bilden, auf dem die Idee eines geeinten Europas aufbaut, ist bei wichtigen, für die Union zukunftsweisenden Entscheidungen zunehmend ins Wanken geraten. Erste Risse im Band, das die europäischen Partner miteinander verbindet, hat auch die weltweite Corona-Pandemie, die Europa weiterhin in Atem hält, offenbart. Statt solidarischer Maßnahmen und eines gemeinsamen Kampfes gegen das Coronavirus haben zahlreiche Mitgliedstaaten nationalen Maßnahmen den Vorzug gegeben, die mit den Grenzschließungen zwischen europäischen Nachbarn einen vorläufigen Höhepunkt erreicht und damit eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union – den Schengen-Raum – in Frage gestellt haben.

### **Europas Zukunft jetzt gestalten – für einen zeitnahen Beginn der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas**

Für die Europäische Union ist es daher gerade jetzt an der Zeit, die richtigen Weichen in eine sichere und beständige Zukunft zu stellen. Dies kann aber nicht losgelöst von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern geschehen. Denn sie sind es, die von den Entscheidungen auf europäischer Ebene unmittelbar bzw. mittelbar betroffen sind. Ihre Überzeugung vom Wert des europäischen Integrationsprozesses und die Identifikation mit dem europäischen demokratischen System bilden dabei die wichtigsten Grundpfeiler für eine zukunftsfähige Europäische Union. Die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung ihrer politischen Leitlinien bereits angekündigte Konferenz zur Zukunft Europas soll deshalb gerade den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme geben und ihnen eine Plattform bieten, um im Austausch mit den

europäischen Institutionen und nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ihre Vorstellungen und Vorschläge für die Gestaltung einer zukünftigen Europäischen Union einzubringen und zu diskutieren. Angesichts der Corona-Pandemie konnte der ursprünglich avisierte Termin zum Start der Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2020 nicht realisiert werden. Der Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament konnten sich auch unter deutscher Ratspräsidentschaft nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen. Ein zeitnahe Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas – insbesondere in Form von digitalen Formaten – wäre aber trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie mit Blick auf die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des Ansinnens nun dringend erforderlich. Die Debatten dürfen dabei nicht nur in Brüssel laufen – ihre Verortung lokal und regional ist von entscheidender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Konferenz. Regionale Parlamente und ihre Europaausschüsse sind dabei in einer unverzichtbaren Relaisfunktion. **Wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag werden uns daher weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für einen baldigen Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas und eine direkte Beteiligung der Landtage einsetzen. Wir fordern eine direkte und aktive Rolle der Regionen und regionalen Parlamente im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas.**

### **Die Rolle des Ausschusses der Regionen stärken**

Als institutionalisiertes Bindeglied zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union ist bei der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas auch der Europäische Ausschuss der Regionen angemessen zu beteiligen. Europa lebt von der Vielfalt seiner Regionen. Für die Zukunft Europas spielen die Städte und Regionen als Garanten gelebter Bürgernähe und Mittler zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine entscheidende Rolle. Sie sind es, die tagtäglich mit deren Sorgen und Nöten konfrontiert sind. Nur mit Unterstützung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften kann es letztlich gelingen, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und bei den Bürgerinnen und Bürgern für das Friedensprojekt Europa zu werben. Im Rahmen einer zukünftigen Europäischen Union und zur Stärkung ihres demokratischen Fundaments muss dem Europäischen Ausschuss der Regionen ein stärkeres Gewicht beigemessen werden. Besonders gegenüber dem Ministerrat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament muss seine Rolle gestärkt werden. **Unser Ziel als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es daher, den Ausschuss der Regionen als europäische Vertretung**

der rund 100.000 lokalen Gebietskörperschaften und 300 Regionen der Europäischen Union mittelfristig zu einer selbstständigen Länderkammer auf europäischer Ebene fortzuentwickeln. Insbesondere in regional bedeutsamen Politikbereichen sollte der Ausschuss der Regionen darüber hinaus ein echtes Mitwirkungsrecht erhalten. Wir setzen uns für eine bessere Einbeziehung des Ausschusses der Regionen in alle Phasen der EU-Beschlussfassung und eine stärkere Bindungswirkung seiner Stellungnahmen ein. Ein stärker parlamentarisch ausgerichteter Europäischer Ausschuss der Regionen muss zu einer kraftvollen Stimme der europäischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union werden. Dies setzt aber auch eine stärkere Kooperation mit den Landesparlamenten als regionale Foren und lokale „Hubs“ für mehr Bürgernähe voraus.

### **Die Regionalparlamente bei der Gestaltung der künftigen europäischen Politik stärker einbeziehen**

Gerade die Regional- und Landesparlamente sind entscheidende Foren des Austausches und der Politikvermittlung und damit Zentren einer funktionierenden europäischen Integration. Europäische Politik und Mitbestimmung hat dort ihren festen Platz. Sie geht weit über die reine Subsidiaritätskontrolle hinaus. Bei der Gestaltung der künftigen Politik der Europäischen Union müssen die Kompetenzen und besonderen Möglichkeiten der Regional- und Landesparlamente stärker Berücksichtigung finden, um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. **Wir setzen uns deshalb dafür ein, die europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die regionale und lokale Ebene zu öffnen.** Gerade Entscheidungen der Europäischen Union haben meist unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Eine wichtige Aufgabe der Regionalparlamente besteht unter anderem darin, diese europäische Politik den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort näher zu bringen. Dies setzt aber gleichzeitig auch eine stärkere Einbindung der regionalen Parlamente in die europapolitischen Entscheidungsprozesse voraus. **Die europäischen Institutionen müssen in einem direkten Dialog den Austausch mit den gesetzgebenden Regionalparlamenten suchen.** Insbesondere das Europäische Parlament ist aufgefordert, im Rahmen seiner vertraglichen Möglichkeiten neue Formen des offiziellen Dialogs mit den Regionalparlamenten zu finden, die Einspeisung regionaler Beschlüsse in den Gesetzgebungsprozess nach dem Prinzip „linking the levels“ zu institutionalisieren und einen regen Austausch zwischen Landesparlamenten und den Europaabgeordneten zu ermöglichen. Aber auch die Europäische Kommission sollte bei

spezifisch regionalen Interessen die Regionalparlamente mit ihren Gesetzgebungsbefugnissen in ihre Konsultationsprozesse stärker einbeziehen. Denn gerade bei der Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht müssen die Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene noch stärker Berücksichtigung finden. Vor Annahme ihres jährlichen Arbeitsprogramms sollte die Europäische Kommission darüber hinaus stärker mit den nationalen Parlamenten und den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. **Auch Staatsregierung und Ministerpräsident sollten ihre europapolitischen Ziele in jährlichen Berichten vor dem Landtag präsentieren.**

**Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion begrüßen vor diesem Hintergrund das vom Europäischen Ausschuss der Regionen und der Konferenz der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis der Europäischen Union gemeinsam initiierte Pilotprojekt zur besseren Einbindung von regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungskompetenzen in das Gesetzgebungsverfahren der EU, an dem auch der Bayerische Landtag neben weiteren Regionalparlamenten teilnimmt und das insoweit als Impulsgeber für eine stärkere Einbindung der regionalen Parlamente dienen kann. Wir unterstützen auch jede Bemühung des Europäischen Parlaments, den direkten Kontakt zu den Landesparlamenten zu intensivieren und deren verabschiedete Positionen besser als bisher in der Beschlussfassung auf europäischer Ebene zu berücksichtigen.** Bayerische Meinungen, Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft Europas können im Rahmen des Projekts unmittelbar in das Europäische Parlament und in die Kommission nach Brüssel eingebracht werden und so Einfluss auf das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission nehmen.

## **RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021**

Aktueller Stand 14.01.2021

# **Wasser ist das Gold der Zukunft**

## **Wasser ist Leben: Wasserzukunft sichern – Bayern an den Klimawandel anpassen**

Wasser ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde. Die Verfügbarkeit von Wasser war die Voraussetzung für die Entwicklung unserer heutigen Kulturlandschaft. Seit nunmehr zehn Jahren besteht ein Menschenrecht auf Trinkwasser für alle Menschen.

Unsere Land- und Forstwirtschaft, aber auch Gewerbe und Industrie, haben sich insbesondere auf der Grundlage des gemäßigten Klimas in Mitteleuropa entwickelt. Durch den menschengemachten Klimawandel kommt es nun auch zu Veränderungen der Niederschlagsmengen und -intensität. Die Auswirkungen können wir bereits jetzt nicht nur global beobachten, sondern ganz konkret auch in Bayern. In Franken vertrocknen die Wälder, Hochwasserereignisse nehmen zu, Starkregenereignisse verursachen Erosionen, die Grundwasserbildung verlangsamt sich und Gewässer und Städte werden immer wärmer. Es ist daher entscheidend, Maßnahmen zu Wasser-rückhalt, Grundwasserneubildung, Hochwasserschutz, Erosionsschutz und Trinkwasser gesamtheitlich zu betrachten und umfassend anzugehen. Oberstes Gebot ist, dass das Lebensmittel Wasser für ganz Bayern dauerhaft, in ausreichender Menge und in hoher Qualität zur Verfügung steht.

## **Wasserversorgung als Aufgabe annehmen – 10-Punkte-Plan für eine sichere Wasserzukunft in Bayern**

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist sich dieser Zukunftsaufgabe bewusst und wird daher im Jahr 2021 einen besonderen Fokus auf eine zukunftsorientierte Ausrichtung des Themenkomplexes Wasser richten. Klar ist, dass bestehende Trinkwasserbrunnen, vorhandene Wasserversorgung und bereits ausgewiesene Wasserschutzgebiete erhalten bleiben.

1. Wir wollen, dass die Wasserversorgung in kommunalen Händen bleibt; eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung lehnen wir ab.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

2. Wir setzen zur flächendeckenden und sicheren Versorgung mit Wasser auf die lokale Versorgung mit gezielter Ergänzung durch die Fernwasserversorgung, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bestehen.
3. Wir wollen Hochwasserschutz, Wasserrückhalt und Grundwasserbildung gemeinschaftlich und dezentral gestalten.
4. Wir wollen Anreize für Versickerung und weitere Nutzung von Regenwasser auch auf privaten Grundstücken schaffen.
5. Wir forcieren einen Ausbau der 4. Reinigungsstufe in Kläranlagen, um künftig Spurenstoffe besser aus dem Abwasser herauszufiltern.
6. Wir sorgen durch die Aufwertung von Gewässerrandstreifen in langfristiger Kooperation mit der bayerischen Landwirtschaft für mehr Artenvielfalt und Schatzen entlang der Gewässer.
7. Wir wollen insbesondere in der Landwirtschaft neue Techniken der Bewässerung realisieren.
8. Wir wollen die „grüne und blaue Infrastruktur“ in Städten und Gemeinden ausbauen.
9. Wir wollen Flüsse und Auen renaturieren und Lebensräume besser miteinander vernetzen.
10. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Wasser sensibilisieren und zu einem sparsameren Umgang mit der wertvollen Ressource motivieren sowie Flüsse und Bäche zu Orten der Erholung für Menschen machen.

**Fazit:**

Wasser ist das Lebensmittel Nummer eins: Eine hohe Wasserqualität und die ausreichende Verfügbarkeit sind entscheidend für Bayerns zukünftige Entwicklung. Ziel der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es deshalb, auch in der Zukunft für eine gesi-

cherte Wasserversorgung in ganz Bayern zu sorgen. Die Fraktion unterstützt mit einem umfangreichen Antragspaket das von Staatsminister Thorsten Glauber in seiner Regierungserklärung angekündigte Programm „Wasserzukunft Bayern 2050“.

## RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

### Ehrenamt in Corona-Zeiten

Der Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 stellt eine globale Krisensituation dar, die die meisten Menschen, Vereine, Organisationen und Strukturen der öffentlichen Verwaltung unvorbereitet getroffen hat. Seit nunmehr fast einem Jahr stellt die Corona-Pandemie unser gesamtes gesellschaftliches Leben und somit auch das ehrenamtliche Engagement vor in dieser Form noch nie dagewesene Herausforderungen. Vordringlichstes Ziel ist es nach wie vor, die weitere Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und die Gesundheit der Menschen zu schützen. Gerade in Krisensituationen zeigt sich, welchen hohen Stellenwert bürgerschaftliches Engagement im Rahmen gegenseitiger Hilfe für den sozialen Zusammenhalt einnimmt und wie essentiell es für die nachhaltige Krisenbewältigung ist. Ehrenamtliches Engagement erweist sich gegenwärtig als wichtiger denn je. Ob Ausnahmesituation oder nicht, es stärkt das gesellschaftliche Gemeinschaftsgefühl. Besonders gefordert durch die Pandemie sind etwa Ehrenamtliche im Pflege- und Gesundheitsbereich, in Wohltätigkeitsorganisationen, in Bahnhofsmissionen und Selbsthilfegruppen oder bei Tafeln. Dies betrifft sowohl pandemiebedingtes ad-hoc-Engagement, beispielsweise im Rahmen von Nachbarschaftshilfen, als auch ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb der Freien Wohlfahrtsverbände (**Freie Wohlfahrtspflege LAG Bayern, AWO-Landesverband Bayern, Bayerisches Rotes Kreuz, Diakonie Bayern, Landescaritasverband, Paritätische Wohlfahrtsverband Bayern**).

So vielfältig freiwilliges Engagement auch ist, so haben sämtliche Ehrenamtlichen eines gemeinsam: Sie alle fühlen sich dem Gemeinwohl verpflichtet und sehen soziale Gerechtigkeit als Ziel ihrer Arbeit. Ohne gemeinnützige Unterstützung wäre beispielsweise auch die Arbeit der Wohlfahrtsverbände oder sonstiger Hilfsorganisationen nicht vorstellbar. Das Ehrenamt ist jedoch nicht als Ersatz für hauptberufliche Aufgaben oder Fachkräfte zu sehen. Vielmehr ergänzen die freiwillig Engagierten die professionellen Angebote oder ermöglichen die Umsetzung von sozialen Aktivitäten. Dabei verfügt das ehrenamtliche Engagement über seine eigene unverkennbare Qualität, die Einrichtungen, Dienste und Angebote zusätzlich aufwertet.



Allerdings sehen sich ehrenamtlich Tätige während der Corona-Pandemie enormen Belastungen und Herausforderungen im Hinblick auf die Arbeitsgestaltung ausgesetzt. Spontanes und freiwilliges, dem Gemeinwohl zugutekommendes Handeln gilt es daher in besonderem Maße wertzuschätzen und anzuerkennen. Ehrenamtliches Engagement ausschließlich in den höchsten Tönen zu loben, ist indes nicht ausreichend. **Im Hinblick auf die aktuelle Pandemiesituation und die damit verbundenen „Lernen aus Corona“ wollen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit zielgerichteten Anreizen gemeinnützige Tätigkeiten durch angemessene Maßnahmen fortwährend fördern und das Ehrenamt somit krisenfest und zukunftsorientiert aufstellen.**

Warum aber ist bürgerschaftliches Engagement gerade während der Corona-Pandemie so wichtig? Und: Was ist grundsätzlich noch an praktischen Hilfen möglich und wo werden Grenzen aufgezeigt?

### **Finanzielle Unterstützung in Krisenzeiten**

Das bürgerschaftliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft und fördert den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Auf Initiative unserer Bayerischen Ehrenamtsbeauftragten wurde bereits im Juni 2020 eine Beistandsoffensive für gemeinnützige Vereine und Organisationen in Corona-Zeiten angestoßen.** Hintergrund war, dass gemeinnützige Vereine und Organisationen in Bayern im Rahmen der Corona-Pandemie einem erhöhten Organisationsaufwand im Zuge der Umsetzung der Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen ausgesetzt sind. Im Vordergrund steht der Gesundheitsschutz aller Freiwilligen, zudem zählt eine Vielzahl von gemeinnützig engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu den Risikogruppen und bedarf besonderen Schutzes. Insbesondere die notwendigen Hygiene- und Abstandvorschriften stellen bereichsübergreifend ehrenamtlich tätige Leiterinnen und Leiter in Organisationen, Vereinen und Institutionen vor enorme Herausforderungen, um Hilfs- und Unterstützungsangebote auch unter strengen Infektionsschutzbedingungen (z.B. aufgrund räumlicher Anpassungen und Umbauten oder personeller Engpässe) bedarfsgerecht aufrechterhalten und anbieten zu können. All diese Voraussetzungen sind im Hinblick auf die Ausübung von ehrenamtlichem Engagement mit reichlich Mehraufwand verbunden. **Aus diesem Grund wollen wir gemeinnützige Vereine und Organisationen für ihren Dienst an der Allgemeinheit im Rahmen der Krisenbewältigung umfassend und angemessen finanziell unterstützen.**

## Digitalisiertes Ehrenamt

Das Coronavirus hat Bayern fest im Griff. Dennoch legt es die Arbeit von Ehrenamtlichen im Freistaat nicht vollständig lahm, sondern es entstehen neue Formen oder alte werden reaktiviert. In der Corona-Krise ist die Zivilgesellschaft geforderter denn je und gleichzeitig steht bürgerschaftliches Engagement vor neuen zusätzlichen Hürden. Ein positives Zeichen ist, dass sich in Krisenzeiten viele Bürgerinnen und Bürger helfend einbringen und Unterstützung leisten möchten. Während einer Pandemie – wie jetzt durch das Coronavirus ausgelöst – ist dies jedoch nicht im selben Maß möglich wie gewöhnlich. Viele Vereine und Organisationen müssen ihre Engagementmöglichkeiten ohne persönlichen Kontakt neu planen und Wege finden, wie Freiwillige möglichst online und von zu Hause aus helfen können. **Um Kommunikationswege auch unter Infektionsschutzbedingungen gewährleisten zu können, sind Alternativlösungen in Form von digitalen Beratungs- und Betreuungsangeboten notwendig.** Bereits in der Vergangenheit haben wir uns deshalb dafür eingesetzt, dass die Potenziale der Digitalisierung auch für das bürgerschaftliche Engagement stärker genutzt werden können. Denn die notwendige räumliche Distanzierung im Rahmen der Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen haben der (Weiter-)Entwicklung digitaler Technologien in allen Lebensbereichen einen enormen Schub verliehen. **Im Rahmen einer Strukturförderung wollen wir die technische und digitale Ausstattung für ehrenamtlich Aktive vorantreiben sowie bereichsunabhängige und flächendeckende Beteiligungen an Online-Angeboten ermöglichen.**

Doch nicht nur die Art der Vermittlung und der Kommunikation hat eine Veränderung erfahren – auch das bürgerschaftliche Engagement selbst gewinnt teilweise unabhängig von der Digitalisierung neue Qualitäten. Kurzfristiges, projektförmiges Engagement ist häufiger zu beobachten, auch findet es vermehrt ortsunabhängig über das Internet statt. Gegenwärtig bestehen bereits verschiedenste Möglichkeiten, über digitale Vermittlungsplattformen und soziale Medien engagementwillige Menschen und potenzielle Einsatzstellen sowie Projekte zusammenzubringen. Die Zukunft der digitalen Engagementvermittlung machen wir daher von drei Faktoren abhängig: Nämlich von der Bedeutung persönlicher Offline-Kontakte, manuellen Eingriffen in den Vermittlungsprozess und dem regionalen Kontext. **Daher unterstützen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion den flächendeckenden Aufbau von Hilfsangeboten, um ehrenamtsspezifische Erfahrungen mit digitalen Anwendungen überall im Freistaat zu**

**etablieren und weiterzugeben.** Unser Ziel ist es, die Effizienz einer rasant zunehmenden Digitalisierung auch im ehrenamtlichen Bereich künftig vermehrt zu nutzen und zu verstärken. **In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum mobile Beratungsteams vor Ort zu etablieren sowie Aufklärungsarbeit rund um das Thema „Digitalisierung im Ehrenamt“ zu leisten.**

### **Soziales Ehrenamt – jetzt erst recht!**

Physischer Abstand ist aktuell ein Ausdruck von Fürsorge – allerdings fällt gerade körperliche Distanz vielen Menschen äußerst schwer. Denn dies bedeutet, dass sie zu Hause isoliert sind oder sich in ihrem Alltagsleben extrem eingeschränkt fühlen. Doch zuhause bleiben ist jetzt für viele das oberste Gebot, vor allem, wenn sie zu einer Corona-Risikogruppe gehören. Ohne das soziale Ehrenamt wären jetzt Viele vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und würden vereinsamen. **Bürgerschaftliches Engagement muss künftig im Rahmen der Krisenbewältigung neu und sicher gedacht werden**, da persönlicher Kontakt und Interaktion mit Menschen und Zielgruppen – das Hauptmerkmal dessen, was Engagement grundsätzlich ausmacht – aktuell nur beschränkt möglich sind. Problematisch ist dabei, dass eine persönliche Kontaktaufnahme vor Ort in manchen Fällen zwingend notwendig ist und Angebote im Hinblick auf die aktuellen Erfordernisse des Infektionsschutzes modifiziert werden müssen. Exemplarisch lassen sich diesbezüglich ehrenamtliche Pflege- bzw. Betreuungsleistungen, etwaige Suchtselbsthilfen bzw. Selbsthilfegruppen im psychosozialen Bereich oder das sportliche Vereinsleben anführen. Neben Online-Treffen – die oftmals nur bestimmte Zielgruppen oder Ehrenamtsbereiche nutzen können – sind gerade Präsenztreffen für viele Betroffene äußerst wichtig bzw. zwingend notwendig. **Als tragende Säule unserer Gesellschaft wollen wir für den gesamten Ehrenamtsbereich auch künftig in Krisenzeiten ausreichend Rechtssicherheit gewährleisten, um administrative und bürokratische Hindernisse zu reduzieren.** Denn ehrenamtlich Tätige sollen vor allem in erhöhten Belastungssituationen ihrem freiwilligen Engagement unbeschwert nachkommen können, ohne sich Gedanken über bürokratische Hürden oder die rechtliche Absicherung ihres Handelns machen zu müssen.

Es spricht für die bayerische Gesellschaft, dass sich viele Menschen solidarisch zeigen und ihre Hilfe anbieten, um die Corona-Krise zu meistern. Gerade in Zeiten besonderer Belastung, wie während der Corona-Pandemie, sind alternative bzw. ergänzende eh-

renamtlich getragene Hilfs- und Unterstützungsangebote wichtiger denn je. Insbesondere gefährdete Personen- bzw. Risikogruppen sind gegenwärtig auf Mithilfe angewiesen. Ganz gleich, ob beim Einkaufen, bei Arztbesuchen oder bei der Inanspruchnahme sonstiger Hilfsangebote: Viele Initiativen packen bereits tatkräftig mit an. Bürgerschaftlich engagierte Nachbarschaftshilfen und spontane Alternativlösungen (z.B. Lebensmittelverteilung, Lieferdienste, Versorgung von Tieren, Apothekengänge, etc.) können beispielweise wesentlich zum Verbleib im eigenen Zuhause und zur Verringerung des Ansteckungsrisikos beitragen. **Im Hinblick auf diese vielfältigen, spontanen und mitgliedsunabhängigen Hilfen wollen wir den individuellen Beweggründen dieses „neuen Engagements“ nachgehen und herausfinden, inwiefern Freiwillige gegebenenfalls langfristig im Sinne zukünftiger Projektarbeiten oder Einsätze auch außerhalb von Krisenzeiten für alltägliche ehrenamtlich Dienste gebunden werden können.**

### **Ehrenamtlich Helfende bei Corona-Testungen**

Gerade in dieser Stunde der Bewährung zeigt sich, wie wichtig das freiwillige Engagement für den Freistaat und seine Bürgerinnen und Bürger ist. Vor allem in den Sommermonaten haben viele Reiserückkehrer mobile Corona-Teststationen an bayerischen Bahnhöfen und Flughäfen sowie an vielbefahrenen Autobahnraststätten genutzt. **Wer es schafft, innerhalb kürzester Zeit mehrere Testzentren für massenhafte Corona-Abstriche einzurichten, hat allerhöchste Anerkennung verdient.** Denn auf bayerischen Autobahnen drohten lange Staus und Wartezeiten, um der hohen Nachfrage nachkommen zu können. Erfreulicherweise sprangen Ehrenamtliche ein und trugen maßgeblich dazu bei, die Lage in den Griff zu bekommen und dem Andrang gerecht zu werden. Rund um die Uhr wurde dort getestet, zunächst ausschließlich von ehrenamtlich Tätigen. Kurzerhand unterstützten das Bayerische Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk, die Johanniter und die Malteser sowie die Wasserwacht das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und die jeweiligen Gesundheitsämter vor Ort, um kurzfristig Teststellen einzurichten. Wartezeiten konnten somit von mehreren Stunden auf bis zu zehn Minuten reduziert werden. Die bayerischen Hilfsorganisationen erklärten sich aufgrund des Zeitdrucks und den damit verbundenen personellen Engpässen dazu bereit, interimsmäßig – bis zur Übergabe an private Dienstleister – die Teststationen zu übernehmen. Auch danach sprangen unter der Leitung des Bayerischen Roten Kreuz ehrenamtliche Helfer spontan ein, als es beispielsweise zu Ausfällen von Mitarbeitern privater Testanbieter kam.

Dabei gilt es zu betonen, dass ehrenamtliche Strukturen im Freistaat nicht auf einen dauerhaften Rund-um-die-Uhr-Einsatz ausgelegt sind. Schon gar nicht, wenn ein solcher Dauereinsatz – wohl gemerkt freiwillig und in der Freizeit – voraussetzt, bei über 30 Grad in einem Ganzkörper-Schutzanzug und mit Schutzmaske Abstriche zu nehmen. **Mit Blick auf den Reiserückkehrtourismus im Jahr 2021 machen wir uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion daher für die Optimierung einer softwarebasierten Lösung und den Ausbau digitaler Infrastruktur für temporär bzw. mobil errichtete Teststellen stark.**

Aktuell stehen flächendeckend mit insgesamt 99 Standorten in jedem Landkreis oder jeder kreisfreien Stadt 99 Impfzentren zur Verfügung, um Impfungen gegen Sars-CoV-2 durchzuführen. Bereits bei der Errichtung der Impfstandorte waren ebenfalls größtenteils ehrenamtlich geprägte Hilfsorganisationen beteiligt. Ebenso beim Betreiben der verschiedenen Standorte wird das hauptamtliche medizinische Personal durch freiwillig Engagierte unterstützt. Zudem sind ehrenamtliche Einsatzkräfte bei der Belieferung der Impfzentren mit Impfb Zubehör (z.B. Spritzen, Kanülen, Schutzanzüge oder Kühlboxen) eingebunden. Zahlreiche Ehrenamtliche tragen somit erheblich dazu bei, dass täglich über 30.000 Menschen im Freistaat geimpft werden können. **Diesem vorbildlichen Engagement zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gebührt an dieser Stelle unser außerordentlicher Dank.**

## **RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021**

Aktueller Stand 14.01.2021

# **Verantwortungsvolle und moderne Netzpolitik**

## **Grundlage für eine stabile Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Stärke und Innovation**

Die moderne Computertechnologie mit ihrer zunehmenden Vernetzung verändert unser gesellschaftliches, kulturelles und wirtschaftliches Leben mit großer Geschwindigkeit – auch weil die Corona-Krise den digitalen Wandel enorm beschleunigt. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag kämpfen für starke Grundrechte und eine wehrhafte Demokratie in der digitalen Welt, gesellschaftliche Medienkompetenz als Basis für Medien- und Meinungsvielfalt sowie für gleichberechtigte soziale und wirtschaftliche Teilhabe, die sich auf Netzneutralität, den Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten sowie auf das Recht auf Verschlüsselung stützt.

### **Für starke Grundrechte und gegen rechtsfreie Räume in der digitalen Welt**

Auch im Internet müssen Urheber- und Verwertungsrechte, Persönlichkeitsrechte, Privatsphäre und Jugendschutz gewahrt bleiben. Ein Leistungsschutzrecht für digitale Inhalte muss an erster Stelle die Leistungserbringer schützen, etwa Journalisten, Kreative, Künstler, Autoren und Wissenschaftler – also alle, die digitale Inhalte und Leistungen erbringen. Aber auch vermittelnde Plattformen und Betreiber aggregierender Algorithmen haben berechnete Interessen. Ein modernes Urheberrecht für digitale Inhalte muss einen Ausgleich zwischen den Interessen von Kreativschaffenden, Verwerter und Nutzer zum Ziel haben. Ehrenamt, Vereine, Kommunen aber auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler werden wir dabei unterstützen, diese Anforderungen erfüllen zu können.

### **Recht auf geschützte und freie Meinungsäußerung**

Das Recht auf anonyme Meinungsäußerung im Internet muss als fundamentaler Bestandteil der Meinungsfreiheit erhalten bleiben. Das ist vor allem für Minderheiten unverzichtbar, die bei einer Offenlegung ihrer Identität direkten Anfeindungen, Einschüchterungen oder Übergriffen ausgesetzt sein können. Es darf nicht sein, dass die

Angst vor Repressionen dazu führt, dass sich verwundbare Teile der Gesellschaft nicht mehr zu Wort melden.

### **Grenzen der Digitalisierung zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten**

Dort, wo die Digitalisierung systembedingt an ihre Grenzen stößt, hat der Schutz von Demokratie und Menschenwürde oberste Priorität. Parlamentarische Wahlen können deswegen nicht per eVoting abgehalten, Zahlungsflüsse nicht ausschließlich digitalisiert, die anlasslose automatisierte Gesichtserkennung nicht flächendeckend ausgerollt und die Nutzung staatlicher Apps nicht vorgeschrieben werden. Ebenso dürfen Eingriffe in Grundrechte nie ohne menschliche Kontrollinstanzen automatisiert und algorithmisiert sein.

### **Kampf gegen Computerkriminalität**

Trotz der gesellschaftlich und wirtschaftlich erforderlichen Rechte auf Verschlüsselung und Anonymisierung darf die innere Sicherheit nicht hintanstellen. Die FREIE WÄHLER-Fraktion will, dass auf allen Ebenen in die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und in staatliche IT-Infrastruktur investiert wird, um Sicherheit gewährleisten zu können, ohne unsere Grundrechte und unsere freie Gesellschaft beschneiden zu müssen. Unsere Sicherheitsbehörden müssen in der Lage sein, den Missbrauch digitaler Technologien mit einer Kombination aus High-Tech und personalaufwendiger klassischer Ermittlungsarbeit bekämpfen zu können, ohne dass wir das technische Sicherheitsniveau durch Mitlesefunktionen in verschlüsselter Kommunikation aufweichen müssen.

Es muss daher eine Mitwirkungspflicht von Internetdiensteanbietern zur Ermittlung bei Rechtsverletzungen sowie zur Löschung von illegalen Inhalten verankert sein. Insbesondere großen Diensteanbietern, die Inhalte von Dritten weiterverbreiten – also vor allem soziale Netzwerke und Sharing-Plattformen – müssen anhand von Funktionsumfang, Größe und Struktur derart zur Verantwortung gezogen werden können, dass sich Täter nicht durch Abwanderung auf andere Plattformen dem Zugriff des Strafrechts entziehen können. Auch bei Desinformation, Fake News, Hassrede, Verunglimpfung, Bedrohung, Jugendschutzverletzungen und ähnlichem müssen angemessene und schnelle Eingriffs-, Lösch- und Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Angeknüpft werden könnte an einem verpflichtenden Beschwerdemanagement mit festen Ansprechpartnern für die Strafverfolgung, um effektive und transparente

Meldewege zu eröffnen und Inhalte schnell entsprechend kennzeichnen zu können, beispielsweise im Vorfeld von Wahlen.

### **Internethandel und der Schutz von Verbrauchern und Umwelt**

Beim Internethandel müssen die Plattformbetreiber für die Zulassung von Händlern und Produkten Verantwortung tragen. Es muss sichergestellt werden, dass Steuerzahlungen geleistet werden und Produkte und Leistungen den europäischen Anforderungen hinsichtlich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz entsprechen. Um betrügerische Angebote bekämpfen zu können, müssen ein effektives Beschwerdemanagement sowie automatische Überprüfungen sichergestellt werden. Darüber hinaus können auch eine Schadensersatzpflicht durch die Plattformbetreiber sowie eine Verpflichtung der Plattformen zur Verifizierung der Identitäten von Verkäufer den Schutz vor betrügerischen Angeboten verbessern. Die entsprechenden Plattformunternehmen müssen verpflichtet sein, mit den jeweiligen staatlichen Behörden effektiv und effizient zusammenzuarbeiten.

### **Faire Arbeitsbedingungen, attraktive Innenstädte und ein starker ÖPNV – anstatt Paketsteuer und Internetmonopole**

Um die Attraktivität von Ladengeschäften und innerörtlichen Einkaufsstraßen zu erhalten, fordern wir faire Löhne und ordentliche Arbeitsverhältnisse für Beschäftigte in Lager und Auslieferung. Gerade in der Corona-Krise haben wir festgestellt, wie wichtig die Logistik- und Lieferbranche für uns ist. Die Marktmacht der Online-Händler stützt sich zu einem großen Teil auf prekäre Arbeitsverhältnisse. Wenn hier faire, sichere und gesunde Beschäftigungsverhältnisse herrschen, dann hat auch der stationäre Einzelhandel eine wirtschaftliche Perspektive mit Zukunft. Im Zusammenspiel mit modernen Verkehrsangeboten und einem starken ÖPNV erhalten wir attraktive Innenstädte und senken die Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Belastung durch den ausufernden Lieferverkehr. Wir FREIE WÄHLER im Landtag wollen ein ausbalanciertes Gesamtkonzept, bei dem alle gewinnen – nicht aber ein „Herumdoktern“ an einzelnen Symptomen mittels ungelinker Verwaltungsideen.

Um eine Marktdominanz einzelner Anbieter zu erschweren und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, erscheint ein Recht auf Datenportabilität sinnvoll. Nutzer würden dadurch mehr Kontrolle über die Verwendung ihrer Daten erhalten und insbesondere der Wechsel zwischen Anbietern wäre leichter.



## **Medienkompetenz als Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen und für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe**

Im digitalen Zeitalter müssen der reflektierte und kreative Umgang mit digitalen Produkten ebenso erlernt werden wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Denn nur kritische und kompetente Nutzer können sich in einer digitalen Welt sicher zurechtfinden. Angesichts von Cybermobbing und der Algorithmisierung von Verhalten, Meinungen und Identitäten wollen wir nicht nur mehr Bildung für kritische Medienkompetenz fördern, sondern auch technische Qualifikationen, die für eine erfolgreiche und innovative Wirtschaft mit Industrie 4.0 und zunehmender Automatisierung erforderlich sind. Unsere Industrie, der Mittelstand, freie Berufe und die bayerischen Beschäftigten müssen als Gewinner aus dem globalen Strukturwandel und dem weltweiten Standortwettbewerb hervorgehen. Vor allem ländliche Gebiete sollen von der Digitalisierung der Wirtschaft und des Lebens – von attraktiven Arbeitsplätzen bis hin zu eGovernment und Rathaus 4.0 – profitieren.

## **Medienpolitik und der freie Zugang zu Wissen und digitalen Inhalten**

Sozialverträgliche und demokratische Medien- und Digitalpolitik bedeutet für uns FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag auch, den dualen Rundfunk zu wahren, den flächendeckenden Ausbau der Mobilfunk- und Breitbandversorgung voranzubringen und für eine offene Gesellschaft einzustehen, die jedem eine digitale Teilhabe und einen freien Zugang zu Wissen in der digitalen Welt ermöglicht.

Zu den technischen und regulatorischen Voraussetzungen für eine freie digitale Teilhabe zählen zudem Netzneutralität und ein freier Markt für digitale Endgeräte. Der Zugang zur Nutzung von Datennetzen als auch die Übertragung von Daten im Internet müssen frei von Diskriminierung sein. Es muss sichergestellt sein, dass Internetdienstleister nicht vorschreiben können, welche Geräte Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden in ihren Räumen zur Verbindung mit dem Internet einsetzen. Dadurch kann zugleich sichergestellt werden, dass das öffentliche Telekommunikationsnetz technisch gesehen in der Wanddose des Nutzers endet. Der öffentliche Teil des Netzes darf nicht in den privaten Bereich beziehungsweise in das private Netzwerk hineinreichen.